



Update aus Berlin

September 2023 (I)

GEG BESCHLOSSEN

HAUSHALT 2024

AUF DEM WEG



Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

wir haben in dieser Woche in erster Lesung den Regierungsentwurf des **Bundeshaushalts 2024** beraten. Nach drei Krisenjahren kehren wir im kommenden Jahr zu „haushälterischen Normalzeiten“ zurück. Das macht die anstehenden Haushaltsberatungen im Bundestag herausfordernd wie seit langem nicht. Für uns als SPD-Fraktion gilt dabei: **Investieren. Entlasten. Zusammenhalten.** Die großen Zukunftsaufgaben können wir nur mit Investitionen und starker soziale Sicherheit anpacken! Für uns gehören soziale, innere und äußere Sicherheit zusammen. Sie sind nicht verhandelbar.

Nach der parlamentarischen Sommerpause wollen wir mit neuer Frische und Elan das zweite Halbjahr 2023 angehen. Wir starten in die zweite Hälfte der Regierungszeit unter sozialdemokratischer Führung. Als stärkste Fraktion im Bundestag können wir selbstbewusst auf unsere Erfolge verweisen. Wir haben den **Mindestlohn auf 12 Euro** erhöht, von dem mehr als sechs Millionen Menschen direkt profitieren. Wir haben ein modernes **Fachkräfteeinwanderungsgesetz** beschlossen, mit dem wir dem Fachkräftemangel in Deutschland begegnen. Und wir haben eine **Ausbildungsplatzgarantie** eingeführt, damit alle jungen Menschen, die an einer Ausbildung interessiert sind, auch ein Angebot und die nötige Unterstützung erhalten. Zugleich haben wir dafür gesorgt, dass niemand im Winter frieren muss, die Betriebe weiter produzieren können und Arbeitsplätze in Deutschland erhalten bleiben. Denn wir haben mit enormem Tempo unsere Energiequellen diversifiziert, neue Energiepartnerschaften geschlossen und den Ausbau der erneuerbaren Energien vorangetrieben.

Wir haben in den kommenden Monaten viel vor. Dazu zählen der Umbau der Arbeits- und Wirtschaftswelt, Sicherheit für Familien und Beschäftigte sowie gute Chancen für junge Menschen. Wir dürfen uns nicht damit abfinden, dass jedes fünfte Kind in Deutschland in Armut aufwächst. Deshalb wollen wir alle finanziellen Zuschüsse in der **Kindergrundsicherung** bündeln, damit diese direkt bei den Familien ankommen.

Viel Spaß beim Lesen und ein schönes Wochenende wünscht Euch,
Euer



Inhalt

Die Umfrage. >>> Meine Haushaltsrede zum Einzelplan 25: Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen. >>> AG Kommunalpolitik. >>> Das GEG wird reformiert. >>> Haushalt 2024. >>> Tag der Ein- und Ausblicke. >>> Einblicke in die Sitzungswoche.

Die Umfrage.

Jetzt seid ihr dran. Ich möchte das Update nutzen, um Euch nach Eurer Meinung zu fragen. Wie die Abstimmung ausgegangen ist, könnt Ihr im nächsten Update einsehen.

Bayerns Ministerpräsident Söder belässt seinen Stellvertreter Aiwanger trotz der Affäre um ein antisemitisches Flugblatt im Amt. Eine Entlassung wäre "unverhältnismäßig", so Söder.



© Quelle: Peter Kneffel/dpa

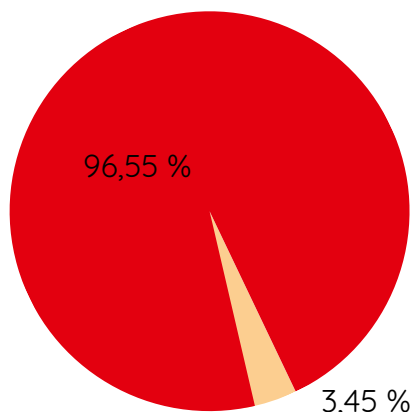
- » Hältst du das für korrekt?
- » Markus Söder hätte Aiwanger entlassen sollen. Die Entscheidung von Söder ist ein fatales Signal und Wasser auf die Mühlen derjenigen, die die NS-Zeit und Antisemitismus verharmlosen.
- » Alle Gründe für eine mögliche Entlassung von Aiwanger sind ausgeräumt worden. Aiwanger kann auf der Regierungsbank bleiben.

Hier könnt Ihr online abstimmen! 

Umfrage Juli 2023:

Zum ersten Mal wurde ein AfD-Politiker zum Landrat gewählt.
Siehst du dadurch die Demokratie in Deutschland gefährdet?

So habt Ihr abgestimmt:



Ja, die AfD ist eine Gefahr für die Demokratie, egal ob auf kommunaler oder überregionaler Eben - jeder Wahlsieg zeigt uns, dass wir uns gegen den rechten Rand stark machen müssen!



Nein, in den Aufgaben eines Landrates geht es vor allem um Verwaltung. Landräte kümmern sich um Themen wie Straßen, Schule, Feuerwehr oder Müllabfuhr im Kreis.

„Gleichgültigkeit gegenüber den Rechtsextremen ist keine Haltung, sondern Verantwortungslosigkeit. Im Kern muss jeder wissen: Wer rechtsextreme oder faschistische Parteien wählt, darf sich nicht herausreden. Er oder sie unterstützt die Gegner unserer Demokratie und Freiheit.“

Meine Haushaltsrede zum Einzelplan 25: Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen

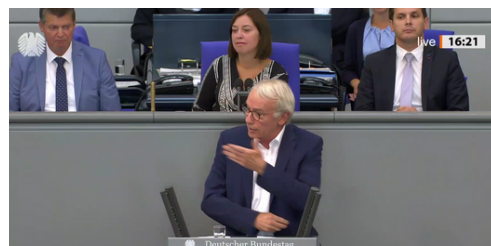
Der Einzelplan 25 sieht für das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen im kommenden Jahr einen Etat von 6,962 Milliarden Euro vor. Das ist eine erfreuliche Summe - für viele wichtige Maßnahmen werden die Mittel aufgestockt. Meine Vorredner*innen von AfD und CDU/CSU waren als Opposition über diese Summen natürlich weniger erfreut. Statt konstruktiver Ansätze gab es unsachliche Kritik. Das konnte ich natürlich nicht einfach so stehen lassen und bin deshalb etwas von meinem Redeentwurf abgewichen. Deshalb für Euch hier zunächst ein paar "trockene" aber dennoch wichtige Zahlen, von denen in der Rede einige auf der Strecke geblieben sind:

Der Haushalt des BMWSB bleibt ein gewichtiger Zukunfts- und Investitionshaushalt mit hoher Bedeutung für die konjunkturelle Entwicklung und den Arbeitsmarkt in Deutschland. Ein Auszug der neuen Mittel für 2024:

- **Wohngeld:** Aufwuchs der Mittel um 1,71 Milliarden Euro auf nun 2,42 Milliarden Euro in 2024, zudem erfolgt eine bedarfsgerechte Anpassung bis 2027.
- **Sozialer Wohnungsbau:** Die Programmmittel zur Förderung des Bundes an die Länder steigt in 2024 auf 3,15 Milliarden Euro an (150 Millionen mehr als ursprünglich veranschlagt), in der Finanzplanung erfolgt eine Festschreibung auf 3,5 Milliarden Euro Programmmittel jährlich für 2025 – 2027.
- **Städtebauförderung:** Das hohe Niveau von jährlich 790 Millionen EUR Programmmitteln halten wir bis ins Jahr 2027 aufrecht, wobei die Laufzeiten bedarfsgerechter anpassen werden.
- **Altersgerechtes Umbauen:** Der Programmansatz für altersgerechtes Umbauen von Wohnungen steigt von 75 Millionen Euro auf 150 Millionen Euro.
- **Genossenschaften:** Erhöhung der Programmmittel zur Förderung für den Erwerb von Genossenschaftsanteilen von 9 auf 15 Millionen Euro.
- **Modellvorhaben für Innovation im Gebäudebereich:** Die erstmalige Einbringung eines Titels für Modellvorhaben im Gebäudebereich wird im Jahr 2024 mit 4 Millionen Euro und für die Folgejahre mit 48 Millionen Euro unterlegt.
- **Nationaler Aktionsplan gegen Wohnungslosigkeit:** 1,5 Millionen Euro jährlich bis 2027
- **Regionalentwicklung:** Aufsetzen eines neuen Förderprogramms im Zusammenhang mit der Raumentwicklungsministerkonferenz in Höhe von 6 Millionen Euro für die Jahre 2024-2026 (jeweils 2 Millionen Euro)
- **Wohnungsbauprämie:** Bedarfsgerechte Erhöhung der Ausgaben um 42 Millionen Euro auf 170 Millionen Euro

Schaut und hört gerne nochmal rein:

[Hier geht's zum Video der Rede bei Facebook & hier findet Ihr die Rede bei Instagram.](#)



AG Kommunalpolitik mit Karl Lauterbach.

In der Sitzung der AG Kommunalpolitik mit dem **Gesundheitsminister Karl Lauterbach** ging es um die Krankenhausreform. Wir wollen in Deutschland eine Krankenhausreform, die den Ländern und Kommunen hilft, die stationäre Versorgung auch in ländlichen und strukturschwachen Gebieten sicherzustellen. Wir wollen eine auskömmliche Finanzierung der Krankenhäuser, die mehr auf Qualität statt auf Fallzahlen setzt: Weg vom Hamsterrad der Fallpauschalen durch eine weitgehend fallunabhängige Vergütung von Krankenhausleistungen.



Das Gesetz soll zum 1. Januar 2024 in Kraft treten. Das Ziel der Reform ist es, eine medizinische Versorgung in Deutschland flächendeckend sicherzustellen, die modern und bedarfsorientiert ist und für alle Bürgerinnen und Bürger in Städten und im ländlichen Raum zur Verfügung steht.

Das GEG wird reformiert.

Mit dem Gesetz regeln wir, dass neue Heizungen künftig zu mindestens 65 Prozent mit erneuerbaren Energien betrieben werden müssen. Das GEG baut auf der KWP auf. Also erst wenn die Kommunen festgelegt haben, welche Gebiete mit welcher Infrastruktur versorgt werden, müssen in Bestandsgebäuden Heizungen eingebaut werden, die mit 65 Prozent erneuerbarer Energien betrieben werden (65-Prozent-EE-Vorgabe). Dies gibt vielen Eigentümer:innen mehr Zeit und Planungssicherheit. Für Neu-bauten gilt diese Vorgabe grundsätzlich bereits ab 2024. Zugleich bleibt es dabei, dass niemand seine funktionierende Heizung ersetzen muss. Gehen Heizungen kaputt, können sie repariert werden.

Als Sozialdemokrat:innen legen wir besonderen Wert darauf, Klimaschutz und sozialen Zusammenhalt zu verbinden. Deshalb fördern wir den Einbau klimafreundlicher Heizungen mit bis zu 70 Prozent der Investitionskosten. Um Mieter:innen zu schützen, darf die Miete nach einem Heizungstausch um höchstens 50 Cent pro Quadratmeter erhöht werden.

Haushalt 2024.

Der Bundestag hat in dieser Woche über den Haushaltsentwurf für 2024 und die mittelfristige Finanzplanung bis einschließlich 2027 beraten. Der Etatentwurf für 2024 sieht Ausgaben von 445,7 Milliarden Euro vor. Das ist eine herausfordernde Aufgabe, weil diese Zeit von vielen Ungewissheiten geprägt ist. Es geht nun darum, in die **Modernisierung unseres Landes zu investieren**, gleichzeitig aber auch **Menschen und Unternehmen gezielt zu entlasten**.

Zusammen mit dem Klima- und Transformationsfonds investieren wir über 90 Milliarden Euro allein im nächsten Jahr in die Modernisierung unserer Wirtschaft, in den Klimaschutz, die Digitalisierung und in noch nie dagewesener Höhe in Schiene und Straße.

Gleichzeitig wollen wir Menschen und Unternehmen in unserem Land stärker entlasten. Auf der einen Seite, indem wir unsinnige bürokratische Hürden endlich beseitigen. Zum anderen entlasten wir aber auch finanziell enorm. Mit der **Kindergelderhöhung** und den beschlossenen steuerlichen Entlastungen aus dem **Inflationsausgleichsgesetz** werden wir die Bürgerinnen und Bürger allein 2024 um über 30 Milliarden Euro entlasten.

Unternehmen profitieren zusätzlich vom **Wachstumschancengesetz** durch Forschungsförderung, verbesserte und großzügige Abschreibungsmöglichkeiten unter anderem für den Wohnungsbau und Innovationsanreize für Investitionen in klimafreundliche Technologien.

Wichtig ist, dass wir unser Land in Zeiten von äußerer Bedrohung durch Russland und innerer Bedrohung durch Rechtsextreme weiter zusammenhalten. Das schaffen wir, indem unsere Sicherheitsbehörden weiterhin sehr gut ausgestattet werden. Gleichzeitig wollen wir zivilgesellschaftliches Engagement und Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus weiter stärken. Hier sehen wir Nachbesserungsbedarf.

In allen Bereichen ist der Entwurf für den Bundeshaushalt 2024 eine gute Grundlage für die anstehenden Haushaltsverhandlungen, in denen wir sozialdemokratische Schwerpunkte setzen werden und uns etwa für eine Finanzierung eines Transformationsstrompreises stark machen. **Nichts ist beschlossen, jetzt schlägt die Stunde des Parlaments.**



Tag der Ein- und Ausblicke 2023.

Zum mittlerweile **17. Tag der offenen Tür** hat Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) am 3. September zahlreiche Bürger im Bundestag willkommen geheißen. Es gab ein umfangreiches Programm. Es gab Gespräche mit Abgeordneten und Podiumsdiskussionen im Paul-Löbe-Haus.

Ich habe mit baupolitischen Sprechern der Bundestagsfraktionen über die aktuellen Fragen des Bauens und Wohnens.

In der Bau- und Wohnungspolitik haben wir uns in der Ampel viel vorgenommen. **Wir haben uns das Ziel gesetzt, nach dem Stillstand der Merkeljahre eine ambitionierte Politik des Fortschritts in die Tat umzusetzen.** Und das tun wir: Wir unterstützen investiv bei der Schaffung bezahlbaren Wohnraums, beim klimafreundlichen Neubau und der Bildung von Wohneigentum für Familien, bei der Transformation der Städte und Gemeinden und beim Transfer innovativer Bautechniken in die Praxis.

Klar ist auch: Die Lage am Wohnungsmarkt ist angespannt: Mietsteigerungen, Inflation, hohe Energiepreise stellen große Herausforderungen dar. Um die Probleme zu lösen, brauchen wir beides: Mehr neuen, bezahlbaren Wohnraum und mehr Mieterschutz gegen die Kostenexplosion.





Zu Beginn der Haushaltswoche habe ich mich am Montag mit der Staatsministerin für Migration, Flüchtlinge und Integration **Reem Alabali-Radovan** zum Thema Integration in Kommunen ausgetauscht.

Anlässlich des 15. Berliner Abends der deutschen Feuerwehren 2023 war auch der Bundes- und Landesstabführer des Fachbereichs Musik des Deutschen Feuerwehrverbands **Thorsten Zywiets aus Ennigerloh** zu Gast in Berlin. Die Veranstaltung bot auch eine Gelegenheit für einen Meinungsaustausch.



40 Jahre Bundeskleingartengesetz – Wo stehen wir heute? Wie sehen die Kleingärten der Zukunft aus? Vor welchen Herausforderungen stehen die Kleingartenvereine? Darüber haben rund 175 Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Kleingartenvereinen aus ganz Deutschland mit der Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen Klara Geywitz sowie mit Mitgliedern der SPD-Bundestagsfraktion diskutiert.